

ausgewaehlt.eu WPSEU 104/2019

Berlin, 6. Mai 2019

Thema 1: Zukunft Europas

Statement:

Kurzes Statement

Die Europawahl ist entscheidend dafür, ob Rückschritte in den Nationalismus geschehen oder der Zusammenhalt in Europa wächst. Dafür muss das alte Versprechen eines sozialen Europas eingelöst werden: Gemeinsame Sozialstandards und endlich eine gerechte Besteuerung von Konzernen.

Langes Statement:

Die praktische Geltung der sozialen Grundrechte hat in Europa nicht Schritt gehalten mit der gelungenen wirtschaftlichen Integration. Um dieses Ungleichgewicht auszugleichen, tritt die SPD für eine neue Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten ein. Die 2017 proklamierte Europäische Säule der sozialen Rechte (ESSR) wollen wir mit einer verbindlichen europäischen Sozialagenda umsetzen und mit Leben füllen. Wir werden einen Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne und adäquate Mindeststandards für nationale Grundsicherungssysteme in allen EU-Staaten durchsetzen. Kein Vollzeitlohn in Europa darf unter der nationalen Armutsschwelle liegen. Die Mitgliedsstaaten müssen das Schutzniveau ihrer Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungssysteme angleichen. Die Annäherung an ein hohes Sozialschutzniveau für alle wird die Nachfrage stabilisieren und Europas Volkswirtschaften krisenfester machen. Wir streben eine Rahmenrichtlinie für faire Mindestlöhne in Europa und für Mindeststandards in der sozialen Sicherung an. Wir wollen zudem endlich für eine gerechte Besteuerung von Unternehmen, insbesondere der digitalen Großkonzerne in Europa sorgen. Wir machen Schluss mit dem Wettlauf um die niedrigsten Unternehmenssteuern zwischen den Mitgliedsstaaten und der Wettbewerbsverzerrung auf Kosten des Allgemeinwohls: Durch Angleichung der Körperschaftssteuern, mit Mindeststeuersätze und einer europäischen Finanztransaktionssteuer als eigene Einnahmequelle der EU.

Thema 2: Wirtschaft

Statement:

Kurzes Statement

Wir wollen eine europäische Wirtschaftspolitik mit einer demokratischen, sozialen und ökologischen Steuerung. Herausforderungen dürfen nicht allein dem Markt überlassen werden. Ziel ist eine Wirtschaftsregierung unter Führung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers.

Langes Statement:

Wir wollen für den Standort Europa eine starke Wirtschaft, die Digitalisierung als Chance begreift und aktiv gestaltet, die gute Arbeit schafft und faire Löhne zahlt. Eine Wirtschaft, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt und respektiert. Europäische Firmen, die außerhalb der EU produzieren, sollen beim Import ihrer Produkte den Nachweis erbringen, dass sie die Standards der Internationale Arbeitsorganisation (ILO) eingehalten haben. Europa muss treibende Kraft sein, die Verflechtung des Welthandels sozial, ökologisch und transparent zu gestalten. Die SPD setzt sich für eine bessere und wirksamere Integration der europäischen Wirtschaftspolitik ein. Mittelfristig wollen wir daher eine europäische Wirtschaftsregierung unter politischer Führung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers einrichten. Künftige Herausforderungen dürfen nicht allein dem Markt überlassen werden. Deshalb braucht es eine strategische und nachhaltige Industriepolitik. Wir wollen mehr gemeinsame industriepolitische Modellprojekte. Das AIRBUS-Konzept gilt uns dabei als Referenz. Zudem fordern wir ein europäisches Konzept gegen den Fachkräftemangel. Wir brauchen für Unternehmen wie für außereuropäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einheitliche und einfache Regelungen für legale Zuwanderung nach Europa. Das deutsche Fachkräfteeinwanderungsgesetz könnte hierfür als Vorlage dienen.

Thema32: Forschung und Bildung

Statement:

Kurzes Statement

Europa muss in Forschung und Wissenschaft unabhängig sein von Drittländern und Großunternehmen – insbesondere im Bereich der Digitalisierung. Neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung müssen gemeinsam in soziale, kulturelle und ökonomische Innovationen umgesetzt werden.

Langes Statement:

Europa muss seine Spitzenposition in der Forschung ausbauen und in der Lage sein, neue Erkenntnisse zielgerichtet und zügig in soziale Innovationen umzusetzen. Die SPD setzt sich deshalb dafür ein, dass es alle EU-Mitgliedstaaten bis 2025 schaffen, jährlich drei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung zu investieren. Dazu sollen verbindliche Verabredungen zwischen den Mitgliedsstaaten und der EU beitragen. Zudem fordern wir die

Einrichtung eines Europäischen Innovationsrates (EIC) zur Förderung bahnbrechender Ideen und Konzepte. Forschung muss den Menschen dienen. Daher gilt es, im Bereich der künstlichen Intelligenz auf europäischer Ebene stärker zu kooperieren und Anwendungen die den Menschen im Arbeitsprozess aufwerten, systematisch zu fördern. Europäische Forschung braucht Europäische Hochschulen. Daher setzen wir uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung grenzüberschreitender Lehre und Forschung ein. Grenzüberschreitende Lehre und Bildung soll allen zu Gute kommen. Wir wollen, dass mehr junge Menschen die Möglichkeit bekommen, durch Austauschprogrammen den Alltag in einem anderen europäischen Land kennen zu lernen. Dafür wollen wir die Mittel Erasmus+- Programms in der nächsten Förderperiode verdreifachen, das Programm stärker bewerben und es vor allem auch für Azubis, Menschen in Ausbildung und sozial benachteiligte junge Menschen öffnen.

Thema 4: Migration und Flüchtlinge

Statement:

Kurzes Statement:

Das Asylrecht ist ein Menschenrecht. Wir wollen, dass alle EU-Mitgliedsstaaten ihrer humanitären Verantwortung nachkommen und Flüchtlingen Schutz bieten. Neben der Reform des Dublin-Systems braucht es legale Einwanderungsmöglichkeiten als Grundlage einer geordneten Zuwanderung.

Langes Statement:

Flucht und Vertreibung nehmen weltweit zu. Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Wir wollen, dass sich alle Mitgliedsstaaten Europas ihrer humanitären Verantwortung stellen und flüchtenden Menschen in Not Schutz und Zuflucht bieten. Die SPD fordert daher eine Reform des Dublin-Systems, die Kriegsflüchtlinge schützt und das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt. Das Wahren des Asylrechts ist eine gemeinsame europäische Aufgabe, die solidarisch erfüllt werden muss. Deshalb wollen wir das Dublin System durch einen solidarischen Verteilungsschlüssel ersetzen. Bis zur Verabschiedung der Reform müssen einzelne aufnahmewillige Staaten oder Städte besser unterstützt werden. Europa muss Fluchtursachen bekämpfen und nicht Flüchtlinge. Ein europäischer Integrations- sowie kommunaler Entwicklungsfonds soll dabei unterstützen. Städte und Kommunen, die sich bereit erklären Geflüchtete aufzunehmen, sollen bei den Integrationskosten und zusätzlich in gleicher Höhe bei kommunalen Entwicklungskosten finanziell unterstützt werden. Wir wollen legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen, als Grundlage einer geordneten Zuwanderung. Auch um das Sterben auf dem Mittelmeer und auf anderen Fluchtrouten zu beenden, brauchen wir einheitliche und einfache Regelungen für legale Zuwanderung nach Europa, die sich nicht ausschließlich an ökonomischen Kriterien orientiert. Als Vorbild kann hier die deutsche Regelung für eine vereinfachte Arbeitsmigration für den Westbalkan dienen.

Thema 5 Außenpolitik Europas

Statement:

Kurzes Statement:

Wir wollen Europa als Friedensmacht positionieren, die für eine solidarische Kooperation zur Gewinnung und Erhaltung des Friedens, für die universelle Gültigkeit der Menschenrechte und für die Teilhabe aller Menschen überall auf der Welt am Wohlstand dieser Welt steht.

Langes Statement:

Die SPD ist die Partei des Dialogs und Ausgleichs, der Suche nach gemeinsamen Interessen sowie des mutigen Voranschreitens für Gerechtigkeit und Demokratie. Angesichts von Kriegsgefahren, Kriegen und Krisen sind die Herausforderungen hierfür deutlich gestiegen. Europa muss sich stark machen für das internationale Recht, für multilaterale Lösungen und für Abrüstung und Frieden sowohl in Europa als auch in anderen Regionen der Welt. Wir wollen alles daransetzen, das internationale Abrüstungsregime vor dem Kollaps zu bewahren. Die noch verbleibende Zeit muss genutzt werden, um den INF-Vertrag zum Verbot landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen trotz der Kündigung durch US-Präsident Trump möglichst doch noch zu retten. Europa soll in der Welt durch einen europäischen Außenminister bzw. eine europäische Außenministerin vertreten werden. Europa strebt gemeinsam einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) an. Zudem starten wir eine Initiative für eine neue Nord-Süd-Strategie. Wir wollen, dass die Beziehungen Europas mit seinen internationalen Partnern, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent, an den Prinzipien der Menschenrechte, der Friedenssicherung, der nachhaltigen Entwicklung und der Überwindung struktureller Ungleichheiten neu ausgerichtet werden. Um die weltweite Umsetzung der Pariser Klimaziele zu intensivieren, wollen wir die Bedeutung und die Kapazitäten der Klimadiplomatie Europas ausbauen.

Thema 6: Klima und Umwelt

Statement:

Kurzes Statement:

Wir setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik sowie eine europaweite Energiewende ein. Wir wollen Europas Industrie wettbewerbsfähig aber möglichst klimaneutral ausgestalten und eine CO₂-neutrale sowie bezahlbare Energieversorgung sicherstellen.

Langes Statement:

Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen und setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein. Den damit verbundenen Strukturwandel wollen wir im Interesse der Beschäftigten gerecht gestalten. Europas Industrie gilt es, möglichst klimaneutral und gleichzeitig wettbewerbsfähig auszugestalten sowie die Energieversorgung CO₂-neutral und bezahlbar sicherzustellen. ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa. Die SPD unterstützt eine Anhebung des europäischen

Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasreduzierung bis 2030 (Basisjahr 1990).
Sowie das langfristige Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050. Wir wollen einen funktionierenden europäischen Emissionshandel ebenso wie die Einführung eines CO₂-Preises für jene Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind. Gleichzeitig fordern wir strategische Investitionen zur Dekarbonisierung industrieller Wertschöpfungsketten. Unternehmen und Beschäftigte, die vor einem tiefgreifenden Strukturwandel stehen müssen unterstützt werden. Dies wollen wir durch einen Transformationsfonds erreichen, der hochwertige Beschäftigung sichert und neue Wachstumspfade erschließt.

Thema 7 Soziales und Arbeit

Statement:

Kurzes Statement:

Die SPD tritt für eine neue Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten ein. Erst wenn die sozialen Rechte den Grundfreiheiten der EU gleichstehen, können europäische Gesetze nicht mehr zu Sozialabbau und Einschränkung der Mitbestimmung führen.

Langes Statement:

Die praktische Geltung der sozialen Grundrechte hat in Europa nicht Schritt gehalten mit der gelungenen wirtschaftlichen Integration. Deshalb will die SPD die 2017 proklamierte Europäische Säule der sozialen Rechte (ESSR) mit einer verbindlichen europäischen Sozialagenda umsetzen und mit Leben füllen. Dementsprechend fordern wir Mindestlöhne gegen Armut und solide Grundsicherung in Europa. Dafür wollen wir einen Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne und adäquate Mindeststandards für nationale Grundsicherungssysteme in allen EU-Staaten durchsetzen. Kein Vollzeitlohn in der Europäischen Union darf unter der nationalen Armutsschwelle liegen.

Die SPD will einen neuen europäischen Fonds als Rückversicherung für die Finanzierung von Sozialleistungen. Er wird in guten Zeiten von allen Mitgliedsstaaten gefüllt. Während einer Beschäftigungskrise können sie hieraus Mittel beanspruchen, um mit dem Geld ihre Arbeitslosenversicherungen zu unterstützen – damit nicht in der schwierigen Zeit die Leistungen für Arbeitslose gekürzt werden müssen. Nach der Krise führen sie das Geld zurück in den Fonds. Mit der europäischen „Kindergarantie“ führen wir ein Instrument ein, um Kinderarmut zu beenden. Im Europäischen Parlament konnten wir mit dafür sorgen, dass hierfür zusätzliche Mittel in Höhe von 5,9 Milliarden Euro beschlossen wurden. Hierdurch wollen wir allen Kindern den Zugang zu Bildung, eine gute Gesundheitsversorgung und den Zugang zu guten Nahrungsmitteln zukommen lassen.